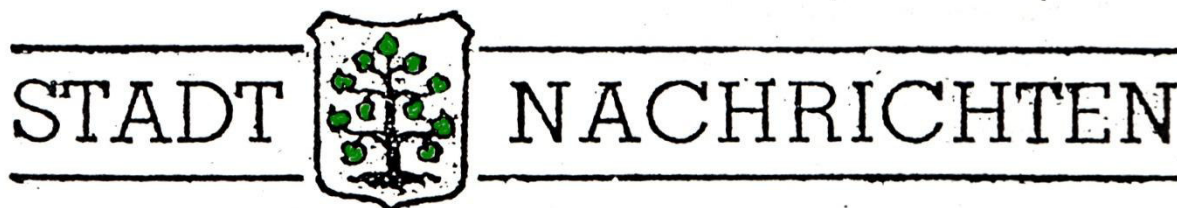


# Vom Tag für die Opfer des Faschismus März 1946 im Landkreis Lindau

Das Ende von NS-Faschismus und dessen Weltkrieg war gerade erst rund zehn Monate her. Der Landkreis Lindau war seit Mai 1945 Bestandteil der Französischen Zone in Deutschland. Trotzdem organisierten die damals Verantwortlichen im Kreis ganz offiziell dessen Teilnahme am „Bayerischen Gedenktag für die Opfer des Faschismus“ im März 1946.



## **„Nie wieder Faschismus!“**

### **Eine Gedenkstunde für die Opfer des Faschismus**

**Überschrift des Berichtes im „Amtsblatt der Stadt Lindau (B)“ vom 12. März 1946 über die Feier des Antifaschismus-Gedenktages im Landkreis Lindau am 10. März 1946.**

Sammlung Karl Schweizer.

Auf Sonntag, den 10. März, organisierten Vertreter der seit Oktober 1945 im „Antifaschistischen Block“ Lindau zusammengeschlossenen aber noch nicht wieder- bzw. neu gegründeten Parteien im Landkreis, der sozialdemokratischen, der kommunistischen und der christsozialen Partei sowie zusätzlich aus der freidemokratischen Partei diesen Gedenktag. Die eigentlichen Parteineugründungen erfolgten wenige Tage später in der zweiten Märzhälfte.

Der 10. März war für diese Feier ausgewählt worden, weil das frisch an die politischen Schalheber der Macht gehievt NS-Regime am 9. Mai 1933 im damaligen Bayern zuerst die Polizeigewalt und dann die politische und Verwaltungsmacht übernommen hatte. Heinrich Himmler, Reichsführer der SS wurde Münchens Polizeipräsident, bisherige Bürgermeister im Land wurden abgesetzt, teilweise auch verhaftet. Am gleichen Tag wurde in München von der „Sturmabteilung“ SA der NSDAP das zentrale Gewerkschaftshaus besetzt. In Lindau war gleichentags das „Volkshaus“ der freien Gewerkschaften und der SPD durchsucht worden.

Die gewählten Reichstagsitze der KPD waren am 9. März durch NSDAP-Angehörige besetzt, die bisherigen Abgeordneten meist verhaftet worden. In Lindau wurden am 10. März 1933 die ersten 18 Mitglieder der KPD verhaftet.

Die westallgäuer Ausgabe des „Amtsblattes für den Landkreis Lindau“ vom 12. März 1946 informierte über die kreisweite Gedenkfeier im Lindauer „Filmpalast“, dem damals größten der vier Kinos der Stadt in der Zeppelinstraße, in seinem Aufmacher: „Im Kreis Lindau wurde, wie in ganz Bayern bereits am Vortage in allen Zonen, eine Gedenkstunde abgehalten, nachdem am Tag zuvor bereits in den Schulen kleine Gedenkfeiern abgehalten worden waren. In Wort und Bild offenbarte sich, was das Verbrecherregime der Nazis kennzeichnete, die Welt hinter Stacheldraht als eine Welt des Grauens, der Schikane und des Terrors, und man empfand willkürlich, dass den politisch Verfolgten, die diese Brutstätten nationalsozialistischer Gemeinheit in Not und

Elend überstanden hatten, eine noch größere Achtung zuteilwerden muss. Den Millionen Opfern des Faschismus galt das treue Gedenken (...).



**Kopf des Amtsblattes für den Landkreis Lindau – Bekanntmachungen für das Westallgäu“ vom 12. März 1946 mit dem Bericht über die Feier des Antifaschismus-Gedenktages am 10. März 1946.**

Original im Dokumentationsarchiv des Landkreises Lindau, Weiler/Allg.

Im Zentrum der Feier stand ein Vortrag des neuen Leiters des damals städtischen Lindauer Arbeitsamtes, sowie „Kreisrat zur politischen Säuberung“, Gustav Röhl. Röhl, damals 50 Jahre alt, war ausgebildeter Maschinenschlosser, Mitglied des Betriebsrates bei Escher-Wyss Lindau (heute Engie) sowie der Metallarbeitergewerkschaft, 1925 jüngstes Stadtratsmitglied (SPD) Lindaus und seit 1932 Leiter des Arbeitsamtes in Nördlingen, bis er vom NS-Regime 1933 abgesetzt wurde. 1940 wurde er wegen seiner Verbindung mit dem sozialdemokratischen Widerstandskämpfer Josef Wittmann aus Nördlingen für zwei Jahre im Gefängnis festgehalten.



**Plakatentwurf für den Gedenktag für die Opfer des Faschismus im Jahre 1946.**

Original im Bundesarchiv Koblenz, Repro: Schweizer.

Röhl sprach in seiner Gedenkrede 1946 u.a. davon, wie „grundlos die Verhaftungen vorgenommen wurden, ja, man holte die Männer und Frauen von der Werkstatt weg, vom Bett, vom Altar, um sie hinter Zuchthausmauern ihrer politischen oder konfessionellen Einstellung wegen zu Schwerverbrechern zu stempeln. Die tiefeschürfenden Ausführungen des Redners wurden zu einer scharfen Anklage gegen die Gestapo [Geheime Staatspolizei, K.S.], die in den Lagern des Grauens blühende Menschen zugrunde richtete mit Methoden, wie sie die Welt vorher nie gesehen hatte. Wenn Herr Röhl abschließend also ausrief ‚Nie wieder Faschismus!‘, so dürfte er damit aus der Seele aller Zuhörer gesprochen haben.“

Danach, so der Bericht in der Lindauer Ausgabe des Amtsblattes, „vertiefte ein von alliierten Kriegsberichtern aufgenommener Filmstreifen ‚Die Lager des Grauens‘ das Gehörte und lies in allen Herzen einen Hass erwachen, der den Verbrechern auf der Nürnberger Anklagebank [die Gerichtsverfahren des Internationalen Militärgerichtshofes gegen NS-Kriegsverbrecher 1945/46 in Nürnberg, K.S.] und all denen galt, die dieses Regime jemals wissentlich unterstützt haben.“

Bei den Lindenberger Stadtratswahlen am 15. September 1946 durften als einmalige Maßnahme 207 Lindenbergerinnen und Lindenberger wegen ihrer bisherigen aktiven Rolle in der NSDAP, der SA, SS, bei der Hitlerjugend HJ, dem Bund Deutscher Mädchen BDM oder bei der NS-Frauenschaft nicht an diesen Wahlen teilnehmen.

Insgesamt erhielten bis Ende 1946 aufgrund ihrer persönlichen Rolle im NS-Regime (1933 – 1945) beispielsweise in Lindaus Stadtverwaltung samt den Stadtwerken 14% der Beschäftigten, oft nur vorübergehend, die Entlassung, teilweise mit Weiterbezug ihrer Gehälter, meist jedoch ohne diese. Im Landratsamt Lindau waren dies 7% der Beschäftigten, die oft nur vorübergehend entlassen wurden, teilweise mit Weiterbezug ihrer Gehälter, meist jedoch ohne diese, darunter Landrat Richard Kummer (ehemals NSDAP).

© Karl Schweizer, [www.edition-inseltor-lindau.de](http://www.edition-inseltor-lindau.de); März 2026